

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich 10 Uhr. Bezugspreis monatlich 2 RM frei Haus, bei Postbestellung 2 RM 50 Pf. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf. Alle Bestellungen, Postbest., weitere Aufträge u. Geldüberweisungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Unmöglichkeit der Erfüllung des Bestellschreibens erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegend ist, die Rücksendung der Bestellschreiben.



Verlagsdruckerei: Amt Wilsdruff 206
Verantwortlicher: Amt Wilsdruff 206
Postfach: Dresden 3640

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Nr. 205 — 98. Jahrgang

Bekanntmachungen des Landrates zu Meissen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rossen sowie des Forstrentamts Tharandt

Druckanschrift: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 3640

Montag, den 4. September 1939

England und Frankreich erklären Kriegszustand

Aufruf des Führers an das deutsche Volk

Deutschland lehnt Englands Ultimatum ab

Deutsche Antwort auf Englands Herausforderung

Die britische Regierung hat in einer Note an die Reichsregierung die Forderung gestellt, die auf polnisches Gebiet vorgedrungenen deutschen Truppen wieder in ihre Ausgangsstellungen zurückzuführen.

Seit morgen 9 Uhr wurde durch den englischen Botschafter in Berlin in einer herausfordernden Note mitgeteilt, daß, wenn bis 11 Uhr nicht in London eine befriedigende Antwort erteilt wird, England sich als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich betrachte.

Darauf ist dem britischen Botschafter folgendes Memorandum übermittleit worden:

Die Deutsche Reichsregierung hat das Ultimatum der Britischen Regierung vom 3. September 1939 erhalten. Sie beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern:

1. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen es ab, von der Britischen Regierung ultimative Forderungen entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen.

2. Seit vielen Monaten herrscht an unserer Ostgrenze der tatsächliche Zustand des Krieges. Nachdem der Versailler Vertrag Deutschlands erst gerissen hat, wurde allen deutschen Regierungen seitdem jede friedliche Regelung verweigert. Auch die nationalsozialistische Regierung hat nach dem Jahre 1933 immer wieder versucht, auf dem Wege friedlicher Aushandlungen die schlimmsten Vergrößerungen und Rechtsbrüche dieses Vertrages zu beseitigen. Es ist mit in erster Linie

die britische Regierung gewesen, die durch ihr intransigentes Verhalten jede praktische Revision vereitelte.

Ohne das Dazwischentreten der Britischen Regierung wäre — dessen sind sich die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk bewußt — zwischen Deutschland und Polen früher eine vernünftige und beiden Seiten gerecht werdende Lösung gefunden worden. Denn Deutschland hatte nicht die Absicht oder die Forderung gestellt, Polen zu vernichten. Das Reich forderte nur die Revision jener Artikel des Versailler Vertrages, die von einsichtsvollen Staatsmännern aller Völker schon zur Zeit der Abfassung dieses Ultimatums als für eine große Nation sowohl als für die gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen Osteuropas auf die Dauer als untragbar und damit unmöglich bezeichnet worden waren.

Auch britische Staatsmänner erklärten gerade die damals Deutschland aufgezwungene Lösung im Osten als den Keim späterer Kriege. Diese Gefahr zu beseitigen, war der Wunsch aller deutschen Reichsregierungen und besonders die Absicht der neuen nationalsozialistischen Volksregierung. Diese friedliche Revision verhindert zu haben, ist die

Schuld der britischen Kabinettpolitik

3. Die Britische Regierung hat — ein einmaliger Vorgang in der Geschichte — dem polnischen Staat eine Generalvollmacht erteilt, für alle Handlungen gegen Deutschland, die dieser Staat etwa vorzunehmen beabsichtigen würde. Die Britische Regierung sicherte der Polnischen Regierung unter allen Umständen für den Fall, daß sich Deutschland gegen irgendeine Provokation oder einen Angriff zur Wehre setzen würde, ihre militärische Unterstützung zu. Daraufhin hat der polnische Terror gegen die in den eins von Deutschland weggerissenen Gebieten lebenden Deutschen sofort unerträgliche Formen angenommen.

Die Freie Stadt Danzig wurde gegen alle geschichtlichen Bestimmungen rechtswidrig behandelt, erst wirtschaftlich und völkerechtlich mit der Vernichtung bedroht und endlich militärisch zerniert und verkehrstechnisch abgedrosselt. Alle diese der Britischen Regierung genau bekannten Verbrechen gegen das Gesetz des Völkerrechts wurden gebilligt und durch die ausgesetzte Blankovollmacht an Polen gedeckt. Die Deutsche Regierung hat,

ergriffen von dem Leid der von Polen gequälten und unmenschenlich mißhandelten deutschen Bevölkerung, dennoch fünf Monate lang geduldig zugehört, ohne auch nur einmal gegen Polen eine ähnlich aggressive Handlung zu betätigen.

Sie hat nur Polen gewarnt, daß diese Vorgänge auf die Dauer unerträglich sein würden, und daß sie entschlossen sei, für den Fall, daß dieser Bevölkerung sonst keine Hilfe würde, zur Selbsthilfe zu schreiten. Alle diese Vorgänge waren der Britischen Regierung auf das genaueste bekannt. Es wäre ihr ein Leichtes gewesen, ihren großen Einfluß in Warschau auszubieten, um die dortigen Nachbarn zu ermahnen, Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die bestehenden Verpflichtungen einzuhalten.

Die Britische Regierung hat dies nicht getan. Sie hat im Gegenteil unter steter Betonung ihrer Pflicht, Polen unter allen Umständen beizustehen, die Polnische Regierung geradezu ermuntert, in ihrem verbrecherischen, den Frieden Europas gefährdenden Verhalten fortzuführen. Die Britische Regierung hat aus diesem Geiste heraus den den Frieden Europas immer noch retten löhrenden Vorschlag Russlands zurückgewiesen, obwohl die Deutsche Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, darauf einzugehen.

Die Britische Regierung trägt daher die Verantwortung für all das Unglück und das Leid, das jetzt über viele Völker gekommen ist und kommen wird.

4. Nachdem alle Versuche, eine friedliche Lösung zu finden und abzuschließen, durch die Intransigenz der von England gebotenen Polnischen Regierung unmöglich gemacht worden waren, nachdem die schon seit Monaten bestehenden bürgerkriegsähnlichen Zustände an der Ostgrenze des Reiches, ohne daß die Britische Regierung etwas dagegen einzusetzen hätte, sich allmählich zu offenen Angriffen auf das Reichsgebiet verstärkten, hat sich die Deutsche Reichsregierung entschlossen, dieser fortwährenden und für eine Großmacht unerträglichen Bedrohung des Reiches und der inneren Friedens des deutschen Volkes ein Ende zu bereiten mit jenen Mitteln, die, nachdem die Regierungen der Demokratien alle anderen Revisionsmöglichkeiten praktisch laboriert hatten, allein noch übrigblieben, um die Ruhe, die Sicherheit und die Ehre des Deutschen Reiches zu verteidigen. Sie hat auf die letzten, das Reichs-

Frankreich leistet Polen Beistand

Am Sonntag mittag gegen 1 Uhr hat der französische Botschafter in Berlin, Coulonde, dem Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop davon Mitteilung gemacht, daß sich Frankreich, falls Deutschland nicht gewillt sei, seine Truppen aus Polen zurückzuziehen, ab 17 Uhr verpflichtet sehe, Polen Beistand zu leisten.

gesteht drohenden Angriffe der Polen mit gleichen Maßnahmen geantwortet. Die Deutsche Reichsregierung ist nicht gewillt, infolge irgendwelcher britischer Absichten oder Verpflichtungen im Osten des Reiches zusätzliche zu dulden, die jenen gleichen, wie wir sie in dem unter britischem Protektorat stehenden Palästina vorfinden. Das deutsche Volk aber ist vor allem nicht gewillt, sich von Polen mißhandeln zu lassen.

5. Die Deutsche Reichsregierung lehnt daher die Versuche, durch eine ultimative Forderung Deutschland zu zwingen, seine zum Schutz des Reiches angetretene Wehrmacht wieder zurückzurufen und damit die alte Unruhe und das alte Unrecht erneut hinzunehmen, ab. Die Drohung, Deutschland ansonsten im Kriege zu bekämpfen, entspricht der seit Jahren proklamierten Absicht zahlreicher britischer Politiker. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben dem englischen Volk unzählige Male versichert, wie sehr sie eine Verständigung, ja, eine enge Freundschaft mit ihm wünschen. Wenn die Britische Regierung diese Angebote bisher immer ablehnte, und nunmehr mit einer offenen Kriegsbekämpfung beantwortet, ist dies nicht Schuld des deutschen Volkes und seiner Regierung, sondern ausschließlich Schuld des britischen Kabinetts bzw. jener Männer, die seit Jahren die Vernichtung und Ausrottung des deutschen Volkes bezwecken. Das deutsche Volk und seine Regierung haben nicht wie Großbritannien die Absicht, die Welt zu beherrschen, aber sie sind entschlossen, ihre eigene Freiheit, ihre Unabhängigkeit und vor allem ihr Leben zu verteidigen.

Die im Auftrag der Britischen Regierung von Herrn King-Hall uns mitgeteilte Absicht, das deutsche Volk noch mehr zu vernichten als durch den Versailler Vertrag, nehmen wir zur Kenntnis und werden daher jede Angriffshandlung Englands mit den gleichen Waffen und in der gleichen Form beantworten.

Berlin, den 3. September 1939.

Deutschland wird nicht kapitulieren

Aufruf des Führers an das deutsche Volk

Der Führer erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

„Seit Jahrhunderten hat England das Ziel verfolgt, die europäischen Völker der britischen Weltbeherrschungspolitik gegenüber dadurch wehrlos zu machen, daß ein Gleichgewicht der Kräfte proklamiert wurde, nach dem England das Recht in Anspruch nahm, den ihm jeweils am gefährlichsten erscheinenden europäischen Staat unter fadensteinigen Vorwänden anzugreifen und zu vernichten. So hat es einst die spanische Weltmacht bekämpft, später die holländische, dann die französische und seit dem Jahre 1871 die deutsche. Wir selber sind Zeugen gewesen des von England getriebenen Eintreibungskampfes gegen das Deutschland der Bismarckzeit.“

Sowie sich das Deutsche Reich unter seiner nationalsozialistischen Führung von den furchtbaren Folgen des Versailler Diktats zu erholen begann und die Kräfte zu übersehen drohte, setzte die britische Eintreibung sofort wieder ein. Die uns seit dem Weltkrieg bekannten britischen Kriegsheter wollten nicht, daß das deutsche Volk lebt.

Sie haben vor dem Weltkrieg gelogen, daß ihr Kampf nur dem Hause Hohenzollern oder dem deutschen Militarismus gelte, daß sie keine Absichten auf deutsche Kolonien hätten, daß sie nicht daran dächten, uns die Handelsflotte zu nehmen, und sie haben dann das deutsche Volk unter das Versailler Diktat gezwungen. Die getreue Erfüllung dieses Diktats hätte früher oder später 20 Millionen Deutsche ausgerottet.

Ich habe es unternommen, den Widerstand der deutschen Nation dagegen zu mobilisieren und in einer einmaligen friedlichen Arbeit dem deutschen Volk wieder Arbeit und Brot zu sichern. In eben dem Ausmaß aber, in dem die friedliche Mission des Versailler Gewaltaktats zu gelingen schien und das deutsche Volk wieder zu leben begann, setzte die neue englische Eintreibungspolitik ein. Die gleichen Kriegsheter wie vor 1914 traten auf.